

## **Bericht des LNV-Vorsitzenden Dr. Gerhard Bronner bei der LNV-Mitgliederversammlung am 30. April 2016**

### **- Auszug -**

Meine Damen und Herren,

.....

Nach dem Rückblick auf das abgelaufene LNV-Jahr nun der Blick nach draußen.

Wir haben mittlerweile eine neue Regierung. Wir waren nicht unzufrieden mit der alten. Sie hat den Naturschutz deutlich vorangebracht: doppelte Finanzen, flächendeckende LEV, eine ambitionierte Naturschutzstrategie. Es waren Rahmenbedingungen, von denen wir in den Jahrzehnten davor nicht zu träumen gewagt hätten. Dass das Artensterben draußen noch nicht gestoppt ist, wir noch fern von einer nachhaltigen Lebensweise sind, kann man der Regierung nicht vorwerfen. Es zeigt nur, dass in einer Demokratie auch die Regierung nicht allmächtig ist. Es dauert Jahrzehnte, einen trägen Tanker umzudirigieren, und die progressivste Politik kann ein Volk nicht innerhalb von fünf Jahren umerziehen.

Es wird im Naturschutz keinen Rollback geben. Naturschutz war kein Konfliktthema zwischen CDU und Grünen, und mit der Naturschutzstrategie haben wir einen Masterplan, der von allen wesentlichen Parteien mitgetragen wird. Dass dieser Plan auch mit ausreichend Mitteln ausgestattet wird – der Naturschutzhaushalt soll nochmals deutlich wachsen – war nicht selbstverständlich. Dafür sind wir den beiden Koalitionären dankbar.

Die Erfolge der Grünen sind noch kein Beweis dafür, dass man mit einer dezidiert ökologischen Politik Wahlen gewinnt – aber immerhin ist sie nicht hinderlich. Welche Rolle der Naturschutz im Detail spielen wird, in der Auseinandersetzung mit anderen Interessen, wird sich zeigen. Auch wenn die Rahmenbedingungen nicht schlecht sind: der Rahmen muss gefüllt werden! Naturschützer müssen nicht nur die reale Landschaft pflegen, sondern auch die politische. Dabei denke ich nicht an Geld, sondern eine andere Währung: Aufmerksamkeit und Zeit. Gehen Sie hin, wenn ein Abgeordneter seinen Wahlkreis besucht, und sprechen Sie ihn freundlich auf Umweltthemen an. Laden Sie Abgeordnete zu erfolgreichen Naturschutzprojekten, aber auch zu Missständen ein. Es darf nicht mehr vorkommen, dass ein Abgeordneter am Ende einer Legislaturperiode sagt, er sei nie auf Naturschutzthemen angesprochen worden!

Die Energiewende und speziell die Windenergie haben uns sehr beschäftigt. Wie wir dazu stehen, steht in unserer LNV-Position zur Energiewende. Wir teilen die Ziele der Landesregierung und befürworten auch den Ausbau der Windenergie – aber mit hohen ökologischen Standards. Die mussten wir in den letzten Jahren heftig verteidigen – auch in der Auseinandersetzung mit einem grünen Ministerium. Das Ergebnis – die Hinweise der LUBW – sind u.E. ein guter Kompromiss. Wo allerdings diese Standards im Planungsprozess nicht eingehalten werden, werden wir unsere Finger in die Wunde legen.

Wie erfolgreich in Baden-Württemberg die Energiewende umgesetzt wird, spielt für das Weltklima direkt keine Rolle – dazu sind wir zu klein. Unsere Rolle ist es, in einem Modellraum nachzuweisen, dass die Energiewende machbar ist, und so ein Beispiel zu geben für China, Indien, Brasilien, die USA. Das sieht Ministerpräsident Kretschmann genauso.

Was für ein Signal wäre es aber für die Welt, wenn unsere Botschaft wäre: „Ja, wir schaffen die Energiewende, aber nur mit Maiswüsten, dem Aufstau aller Bäche, gehäckselten Milanen und Fledermäusen.“? Lieber soll die Energiewende ein paar Jahre länger dauern, als dass sie zum Abbau der mühsam erkämpften Naturschutzstandards führt.

Naturschutzstandards: Ohne die EU und ihre – ich gestehe es ein - nur begrenzt demokratische Richtlinienpolitik wäre unser heutiger Rechtsstandard nicht vorstellbar gewesen. Wir würden immer noch bei 2-3 % ernsthaft geschützter Flächen herumkriechen und der Naturschutz würde weiter weggewogen.

Natura 2000 ist ein Segen für die Artenvielfalt, aber unbequem für viele Interessensgruppen. Der „Fitness-Check“ der EU-Kommission – von vielen für einen schlecht getarnten Generalangriff auf die Naturschutzrichtlinien angesehen – konnte, vermutlich und hoffentlich, mit Hilfe hunderttausender Naturschützer und der Umweltminister noch einmal abgebo-gen werden. Dennoch: wir werden uns stärker um die Akzeptanz des Naturschutzes kümmern müssen. Dazu gehört auch, offen zu prüfen, wo seine konkrete Anwendung möglicherweise das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzt. Der strenge Artenschutz mit seinem Tötungsverbot ist gedacht für solche Arten, wo jedes Individuum für den Bestand der Population benötigt wird. Viele meinen, die aktuelle Praxis sei damit nicht zu rechtfertigen – Stichwort Zauneidechse, Biber, Dicke Trespe. Wir möchten uns in den nächsten Jahren intensiv mit dieser Thematik beschäftigen und Lösungswege aufzeigen, die den Artenschutz wirksamer und „gesellschaftsverträglicher“ machen. Besser, wir tun dies, als andere, die dem Naturschutz weniger wohlgesonnen sind.

Ein weiterer anstehender Schwerpunkt wird die beginnende Evaluierung der Ökokontoverordnung sein. Dass hier vieles im Argen liegt – vor allem bei der baurechtlichen Kompensationsregelung – ist Ihnen allen wohl bekannt. Umsetzungs-raten von gerade mal 50 %, Doppelbelegungen von Flächen, unsinnige Maßnahmen sind leider keine Ausnahme. Die Anrechnung von Sowieso-Maßnahmen und die Tatsache, dass ein größeres Baugebiet durch die Ansiedlung eines Kiebitz- oder dreier Lerchenpaare ausgeglichen werden kann, sind nur einige Beispiele für Korrekturbedarf.

Am Ende muss eine öffentlich zugängliche Plattform im Internet stehen, auf der naturschutzrechtliche und baurechtliche Kompensationsmaßnahmen, der Ausgleich für Straßen und Flurneuordnungen zusammen sichtbar sind und so besser kontrolliert werden können.

Diese Kontrolle wäre eigentlich Aufgabe der UNBs, zu der sie aber mangels Personal und politischer Rückendeckung nicht kommen. Mit den Strukturen der Naturschutzverwaltung beschäftigen wir uns seit langem, auch im kritischen Dialog mit den Landratsämtern und Landräten. Bei manchen steht die Kritik im Vordergrund, bei anderen der Dialog. Was zu den Pflichtaufgaben der UNBs gehört, wird dort höchst unterschiedlich gesehen und gehandhabt. Hier müssen wir zu einer Vereinheitlichung kommen, und die Ämter müssen entsprechend ihres Aufgabenumfanges ausgestattet werden. „Good Governance“ (gute Verwaltungspraxis) entscheidet darüber, ob ein Staat prosperiert oder in Korruption und Misswirtschaft versinkt. Sie entscheidet, ob ein Betrieb konkurrenzfähig bleibt oder geschluckt wird. Wir brauchen verbindliche Standards für „good governance“ in den unteren Naturschutzbehörden. Gerne arbeitet der LNV an dem entsprechenden Handbuch mit....

Wir sind der kleinste der drei großen Umweltverbände im Land. Aber wir haben unsere Kernkompetenzen in Feldern, die von anderen nicht so intensiv beachtet werden. Verwaltungsstrukturen gehören dazu, aber auch der Umgang mit unterschiedlichen Meinungen und Interessen. Wir vereinen 34 Verbände mit höchst unterschiedlichen Profilen und Interessen. Wir sind geübt darin, Kompromisse zu suchen, Interessen zusammenzuführen, eigene Positionen auch einmal in Frage zu stellen. Wir sollten den Mut haben, dies nicht nur nach innen, sondern auch nach außen zu praktizieren.

Ich erhielt meine Naturschutz-Sozialisation in einer BUND-Ortsgruppe, Bürgerinitiativen und dem Zivildienst im staatlichen Naturschutz. Kommunen wurden meistens als Gegner wahrgenommen – und heute arbeite ich für 4 Kommunen. Das heißt nicht, dass ich die typischen Positionen der Kommunen - z.B. was Baugebiete und den Landschaftsverbrauch angeht – teile. Aber ich weiß und verstehe, warum sie diese Positionen einnehmen – und ich kenne ihre Spielräume. Das macht es leichter, mit den Gutwilligen Kompromisse zu suchen und zu erkennen, dass die weniger Gutwilligen auch anders könnten, wenn sie wollten.

Wenn man mit Vertretern anderer Interessen in den Dialog tritt, ist es schwieriger, sie bei anderer Gelegenheit scharf zu attackieren. Doch ist das unsere vorrangige Aufgabe? Wollen wir Umweltschuld im Brustton der Überzeugung anprangern, oder wollen wir sie eher diplomatisch verhindern oder zumindest abmildern?

Ich war lange Landwirtschaftsreferent des LNV. Bauern sind manchmal schwierige Partner, aber man kann sich Respekt verschaffen, wenn man sich einarbeitet, ihre Zwänge sieht und anerkennt. Wer aber Höfe mit 100 Milchkühen als „Massentierhaltung“ verunglimpft und meint, das Heu von Magerrasen mit Klappertopf und Herbstzeitlosen sei „Medizin“ für das Vieh, disqualifiziert sich selbst.

Manche von uns stecken noch in den Schützengräben von gestern. Im Kletterer, Kanufahrer, Skiläufer, Mountainbiker, ja Wanderer wird nur ein Störfaktor der Natur gesehen, und nicht der potenzielle Verbündete für deren Erhaltung. Bauern und Bürgermeistern wird

Böswilligkeit unterstellt und man hält es nicht für nötig, sich ihre – echten oder vermeintlichen - Zwänge zu vergegenwärtigen.

Manche Fronten bröseln aber auch. Kletterer und Wanderfalkenschützer haben den Harnisch abgelegt und setzen sich gemeinsam für flexible Sperrzeiten an Felsen ein. Schwarzwaldverein und Mountainbiker suchen gemeinsam nach verträglichen Mountainbikestrecken. Immer öfter kooperieren Umweltverbände mit fortschrittlichen Gemeinden, so bei der Innenentwicklung, bei naturnahen Grünflächen, Gewässerrenaturierungen. Hier würde ich auch Oberbürgermeister Neher aus Rottenburg einordnen, der auf unserer Mitgliederversammlung ein überzeugendes Referat über dörfliche Innenentwicklung gehalten hat.

Ich möchte Ihnen Mut machen! Kommen Sie heraus aus den Schützengräben – das weitet den Horizont und man kann Freund und Feind neu sortieren.

Stuttgart, 30. April 2016

Dr. Gerhard Bronner  
LNV-Vorsitzender